

1. Die imperialistischen Kolonialmächte zogen nach dem 1. Weltkrieg, in dem das frühere Osmanische Großreich einer der Verlierer war, im Nahen Osten Grenzen, die ihren jeweiligen geostrategischen und ökonomischen Interessen und Kräften entsprachen und besetzten diese Länder. Sie agierten dabei rücksichtslos gegen ethnische Zusammensetzung sowie historisch gewachsene Zusammenhänge. So entstanden Syrien und der Irak (zunächst als Kolonien, die nach dem 2. Weltkrieg selbständig wurden) sowie die Türkei als Resultat eines nationalen Unabhängigkeitskriegs (bis 1923) gegen diese Politik.
2. Im Westen denkt man über die darüber entstandenen Staaten, dass in ihnen „ethnische Konflikte“ zu „Gewaltspiralen“ führen. Ethnische Konflikte gibt es aber nicht einfach, weil es „Ethnien“ gibt. Die neu entstandenen Staatswesen wollten – ganz nach dem Vorbild der erfolgreichen westlichen Staaten – souveräne Nationalstaaten werden, die ihre Völker produktiv zur Machterhaltung und -vergrößerung einspannen. Diese National-Bildung verlangt Vereinheitlichung nach innen. Wenn dieser Standpunkt geltend gemacht wird, fallen viele Untergruppen als störend bis staatszerstörend auf. Das Urteil über die Kurden fällt dabei in keinem der vier Staaten, in denen sie nun vorkommen, sonderlich gut aus, weil sie ökonomisch nur bedingt brauchbar sind und mit ihrer eigenen Sprache und Kultur von fragwürdiger Loyalität gegenüber der neuen Nation erscheinen.
3. „Kurden“ sind dabei ihrerseits keine natürlich existierende *Einheit*. Kurden sprechen verschiedene Sprachen und gehören verschiedenen Religionen an; sie leben in verschiedenen Stämmen, die tw. untereinander verfeindet sind. Eigentlich sind sie „Kurden“ vor allem dank der *Ab- bzw. Ausgrenzung*, die sie in ihren jeweiligen Siedlungsgebieten durch das Programm von deren Nation-Bildung erfahren haben. Das Bedürfnis, eine kurdische Nation zu gründen, ist vor allem Resultat ihrer Behandlung durch die neu entstandenen Staaten aus der Erbmasse des Osmanischen Reiches und dem Iran. Die so Behandelten ziehen daraus nicht den Schluss, dass sie Nationalstaaten dann eben ablehnen, sondern dass sie ein eigenes Staatswesen benötigen, das ihrer nationalen kurdischen Wesensart entspricht. Die PKK hat dieses Programm im Unterschied zu anderen Kurden-Vereinen immer sozialistisch interpretiert. Sie hat in den 90er Jahren Abstand von der Gründung eines kurdischen Nationalstaats genommen und vertritt seitdem das Programm eines „Demokratischen Konföderalismus“.
4. Dringend benötigte Unterstützung finden kurdische Minderheiten häufig ausgerechnet bei genau denen Nachbarstaaten, die ihre kurdischen Minderheiten selbst äußerst misstrauisch betrachten. Lange Zeit erfolglos um politische Beihilfe aus Europa bemüht, findet die linke Fraktion der Kurden in der Türkei und Nordsyrien Unterstützung von den USA, die sie als Kanonenfutter gegen den IS antreten lassen. Deutschland unterstützt die eher feudal-clanmäßig organisierten Kurden im Irak, um darüber wieder einen Fuß in dieses Land (und die Region) zu bekommen.
5. Die Befeuerung/Instrumentalisierung nationaler Minderheiten und separatistischer Bewegungen ist bleibender Bestandteil der Außenpolitik kapitalistischer Staaten, die damit ihre Konkurrenten in ihren Erfolgsstrategien behindern, stören, ihnen innere Probleme aufhalsen usw. In diesen Ränkespielen der internationalen Politik geht es ziemlich unübersichtlich zu. Wichtiger als immer jede einzelne Entwicklung zu verfolgen, ist das Prinzip: Gerade ethnische oder religiöse Unzufriedenheit lässt sich sehr gut als Mittel auswärtiger Mächte anheizen. Damit werden Staaten in einem zentralen Punkt gestört: ihrer souveränen Verfügungsgewalt über ihr Volk.